

216008-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Planung Technischen Ausrüstung
„Sanierung des denkmalgeschützten Verwaltungsgebäudes Palais Rohan“
OJ S 73/2024 12/04/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Ettenheim

E-Mail: frank.wangler@kommunalkonzept.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planung Technischen Ausrüstung „Sanierung des denkmalgeschützten Verwaltungsgebäudes Palais Rohan“

Beschreibung: Die Stadt Ettenheim plant das in der Altstadt gelegene historische Verwaltungsgebäude „Palais Rohan“ unter Einhaltung der Vorgaben des Denkmalschutzes zu sanieren und barrierefrei zu gestalten. Zukünftig soll das Gebäude als „Technisches Rathaus“ weiterhin durch die Stadtverwaltung genutzt werden. Im Rahmen dieser Ausschreibung wird die Planung der Technischen Ausrüstung (§§ 53 ff. HOAI 2021) vergeben: - Anlagengruppe 1: Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen - Anlagengruppe 2: Wärmeversorgungsanlagen - Anlagengruppe 4: Starkstromanlagen - Anlagengruppe 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen Bei den Planungen der Technischen Ausrüstung sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 gemäß Anlage 15.1 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021 zu erbringen.

Kennung des Verfahrens: adc989ad-0f48-4bf0-a466-5edd9885149a

Interne Kennung: OG05-218

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Ortenaukreis (DE134)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 380 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bewerber- / Bietergemeinschaften: Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften sind im Rahmen des kartellrechtlich Erlaubten zugelassen und stehen in diesem Verfahren den Einzelbewerbern bzw. -bietern gleich. Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften haben sich durch eine von allen Mitgliedern der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft abzugebenden Erklärung zu folgenden Punkten zu erklären (Formblätter 1 und 2): - Benennung eines/einer bevollmächtigten und alleinvertretungsberechtigten Vertreters /Vertreterin der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (einschließlich Kontaktdaten) - Aufgabenteilung innerhalb der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft - Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (GbR) für den Auftragsfall - Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im gesamten Vergabeverfahren (einschließlich Verhandlungsverfahren) - Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. späteren Bietergemeinschaft für die Auftragsdurchführung Das Bilden einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist führt zum Ausschluss der Bewerber bzw. Bieter. Eine Änderung der Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist bzw. der Angebotsfrist und vor der Zuschlagserteilung führt zum Ausschluss der beteiligten Bewerber bzw. Bieter, wenn durch die Änderung der Wettbewerb beeinträchtigt wird. Die Teilnahme im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe im Rahmen einer Bietergemeinschaft und die gleichzeitige Teilnahme als Bewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe als Bieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft sind ausgeschlossen. In einem solchen Fall werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter ausgeschlossen. Ebenso ist die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an einem Einzelbewerber bzw. -bieter und die gleichzeitige Mitgliedschaft an einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft und/ oder die gesellschaftsrechtliche Beteiligung eines Einzelbewerbers bzw. -bieters an einem Mitglied einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ausgeschlossen, wenn durch die Beteiligung der Wettbewerb beeinträchtigt ist. Der Bewerber bzw. Bieter hat sich zu ihm bekannten Beteiligungsverhältnissen zu erklären. Für den Fall der Wettbewerbsbeeinträchtigung werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen. Gleiches gilt, wenn die Wettbewerbsbeeinträchtigung erst später festgestellt wird. Auswahl der Bieter für die 2. Verfahrensstufe: Die Auswahl der Bieter zur Verfahrensstufe erfolgt anhand der Bewertung der Angaben zu den eingereichten Referenzprojekten (2 Referenzprojekte), nach folgenden Kriterien in Bezug auf die Vergleichbarkeit mit der ausgeschriebenen Leistung: - Anforderungen (max. 10 Pkt.) - Erfahrung mit öffentlichem Auftraggeber (max. 10 Pkt.) - Anlagengruppen (max. 10 Pkt.) - Leistungsumfang (max. 10 Pkt.) - Projektvolumen (max. 10 Pkt.) Somit können je Referenzprojekt max. 50 Punkte erreicht werden (insgesamt max.100 Punkte). Der Auftraggeber begrenzt gem. § 51 VgV die Anzahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden auf drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Die Mindestzahl beträgt drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Der Auftraggeber behält sich vor, das Verfahren auch dann durchzuführen, wenn die Zahl der Bewerber unter der Mindestzahl liegt. Bei Gleichwertigkeit werden die gleichplatzierten Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe aufgefordert. Ausschlussgründe: Der Bieter hat in diesem Zusammenhang folgende Erklärung abzugeben: - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 und 124 GWB - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. Verordnung (EU) 833/2014 in der jeweils aktualisierten Fassung (zuletzt geändert durch VO (EU) 2023/427 des Rates vom 4. Dezember 2023 gem. Musterformular (<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/anlage-zum-bmwk-rundschreiben-vom-15112022-muster-eigenerklärung.html>)). Die jeweils aktuelle konsolidierte Fassung der Verordnung (EU) 833/2014 des Rates ist abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A02014R0833->

[20221204](#) - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister
Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Liegen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 134 GWB vor, sind die notwendigen Angaben für die Prüfung einer Vergabesperre gemäß § 126 GWB zu machen. Dazu gehören bei Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB die Benennung des Datums der Rechtskraft der Verurteilung und bei Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB die Benennung des den Ausschluss begründenden Ereignisses. Soweit der Bewerber infolge des Vorliegens von Ausschlussgründen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB vorgenommen hat, sind diese umfassend darzulegen, so dass der Auftraggeber die Rechtsfolgen bezüglich der dargelegten Selbstreinigung beurteilen kann. Abrufung von Informationen, Zugang zu Informationen: Der Bewerber/Bieter ist für die Abrufung der bereitgestellten zusätzlichen Informationen (z.B. Antworten auf Bewerber- bzw. Bieterfragen), die sich aus dem Vergabeverfahren ergeben, eigenständig verantwortlich. Eine gesonderte Bekanntmachung erfolgt – soweit nicht gesetzlich oder im Rahmen der Vergabeverfahrensordnungen vorgeschrieben – nicht mehr. Gleiches gilt für etwaige Aufforderungen, Mitteilungen oder sonstigen Erklärungen gegenüber dem Bewerber/Bieter. Mitteilungen an den Bewerber/Bieter (einschließlich Mitteilungen nach § 134 GWB) werden über das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabepattform bereitgestellt. Das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabepattform hat die Funktion eines (elektronischen) Briefkastens. Mit Bereitstellung der Mitteilung im Bewerber-/Bieterpostfach auf der Vergabepattform gehen die Mitteilungen dem Bewerber/Bieter zu. Der Bewerber/Bieter ist für die Kontrolle des Bewerber-/Bieterpostfachs der Vergabepattform eigenverantwortlich zuständig. Der Bewerber/Bieter hat unabhängig vom Zugang zusätzlicher Nachrichten über einen Posteingang im Bewerber-/Bieterpostfach dieses selbständig auf das Vorhandensein von Mitteilungen zu kontrollieren. Der Bewerber/Bieter ist verpflichtet, unabhängig vom Erhalt einer Informations-E-Mail über das Vorliegen von neuen Informationen seinen Account auf der Vergabepattform auf den Zugang von Informationen jeglicher Art hin zu kontrollieren. Verwendung der Vergabepattform (technische Anforderungen, Verwendung und Verantwortlichkeit): Der Bewerber/Bieter ist für die Eignung der von ihm verwendeten technischen Mittel verantwortlich. Der Bewerber/Bieter ist für den rechtzeitigen, vollständigen und fristgemäßen Zugang seiner Erklärungen verantwortlich. Der Bewerber/Bieter trägt damit grundsätzlich das Übermittlungsrisiko, es sei denn, dass der Bewerber/Bieter die unvollständige oder verspätete Übermittlung nicht zu vertreten hat. Der Nachweis obliegt dem Bewerber/Bieter. Der Bewerber/Bieter hat die technischen Hinweise des Vergabepattformbetreibers zu beachten, zu berücksichtigen und einzuhalten. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft / der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft wird darauf hingewiesen, dass für den Upload von Unterlagen (Teilnahmeanträge, Angebote) maximale Dateigrößen definiert sind (Stand: 22.03.2024): 1) Im Schritt Angebot/Preisblatt erstellen und Teilnahmeantrag hochladen können Sie ein Anschreiben hochladen, welches max. 50 MB groß sein darf. Sofern Sie Dokumente einscannen, achten Sie auf eine möglichst kleine Auflösung, so dass das Dokument nicht unnötig groß wird. Das Anschreiben muss ein PDF-Dokument sein. Bei Problemen prüfen Sie bitte, ob der Dateiname sehr lang ist oder Sonderzeichen enthält. Die Zeichenlänge ist auf 100 begrenzt. Kürzen und ändern Sie den Dateinamen ggf. und versuchen Sie es erneut. 2) Im Schritt zusätzliche Dokumente für die Vergabestelle können Sie pro Upload max. 20 MB hochladen. Diesen Vorgang können Sie ggf. mehrfach durchführen. Hier können Sie die üblichen Dateiformate wie Excel, GAEB, Word, img, png, PDF hochladen. Der Bewerber/Bieter hat die Systemvoraussetzungen für die ordnungsgemäße Verwendung der Vergabepattform, insbesondere der Down- und Uploadfunktionen und der sonstigen Anwendungen der verwendeten Vergabepattform zu beachten und einzuhalten. Der Bewerber/Bieter hat sich rechtzeitig vor dem Hochladen von Unterlagen – insbesondere bei fristgebundenen Erklärungen – zu vergewissern, dass eine von

Seiten des Bewerbers/Bieters ungestörte Übermittlung der Erklärungen möglich ist, dazu gehört u.a. die Beachtung der Vorgaben zur Beschränkung der maximalen Gesamtdateimenge und der Folgen bei einer Überschreitung sowie der rechtzeitige Beginn mit der Übermittlung. Vorzulegende Dokumente und Informationen: Siehe hierzu auch Checkliste in den Anlagen. Mit dem Teilnahmeantrag (Verfahrensstufe 1) einzureichen sind ausgefüllte Formblätter, erforderliche Angaben zu den Referenzprojekten, Versicherungsnachweis, Nachweise über berufliche Qualifikation. Mit dem Erst- und Endangebot (Verfahrensstufe 2) einzureichen sind ausgefülltes Formblatt 10 mit Angaben zu den Honorarparametern, ausgefülltes Formblatt 11 mit Angaben zur Verfügbarkeit vor Ort, ausformulierte Darstellung des Projektteams (max. 2 DIN A4-Seiten), ausformulierte Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs (max. 2 DIN A4-Seiten), schematischer Projektzeitplan (DIN A3), ausformulierte Darstellung zur Budgetverfolgung und Kosteneinhaltung (max. 2 DIN A4-Seiten). Alle eingereichten Unterlagen müssen entsprechend ihrer Zugehörigkeit gekennzeichnet sein und sind in unüberarbeitbarer Dateiform (PDF oder ähnliches) abzugeben. Alle Pläne müssen genordet sein. Die formelle Prüfung (Vollständigkeit der Unterlagen, fristgerechte Abgabe, etc.) erfolgt durch die KKBW.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Konkurs: Insolvenz

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Vergleichsverfahren: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel,

Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung

Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsunfähigkeit

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlung

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte

Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit

Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Bildung terroristischer Vereinigungen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung Technischen Ausrüstung „Sanierung des denkmalgeschützten Verwaltungsgebäudes Palais Rohan“

Beschreibung: Zweck des Vergabeverfahrens: Die Stadt Ettenheim plant das im Herzen der Altstadt gelegene historische Verwaltungsgebäude „Palais Rohan“ unter Einhaltung der Vorgaben des Denkmalschutzes zu sanieren und barrierefrei zu gestalten. Zukünftig soll das Gebäude als „Technisches Rathaus“ weiterhin durch die Stadtverwaltung genutzt werden. Die Projektumsetzung ist abhängig vom Erhalt noch zu beantragender Fördermittel. Das Gebäude liegt in einem Sanierungsgebiet, wodurch ein Großteil der erforderlichen Finanzmittel akquiriert werden soll. Zudem sollen Mittel aus dem Ausgleichstock beantragt werden. Im Rahmen dieser Ausschreibung wird die Planung der Technischen Ausrüstung vergeben. Ein Architekturbüro ist bereits mit der Objektplanung für die Sanierung des Gebäudes beauftragt. Das zu sanierende Gebäude liegt in der Rohanstraße 17, 77955 Ettenheim. Leistungsbild und Auftragsumfang: Technische Ausrüstung (§§ 53 ff. HOAI 2021) - Anlagengruppe 1: Abwasser-, Wasser- oder Gasanlagen (Anlage 15.2 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021) - Anlagengruppe 2: Wärmeversorgungsanlagen (Anlage 15.2 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021) - Anlagengruppe 4: Starkstromanlagen (Anlage 15.2 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021) - Anlagengruppe 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen (Anlage 15.2 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021) Bei den Planungen der Technischen Ausrüstung sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 gemäß Anlage 15.1 zu § 55 Absatz 3, § 56 Absatz 3 HOAI 2021 zu erbringen. Da die Realisierung des Projekts mit verschiedenen Faktoren in Zusammenhang steht, wird eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Es wird zunächst die Stufe 1 (Grundleistungen der Leistungsphase 1 bis 4 und etwaige Besondere Leistungen) verbindlich abgerufen. Anschließend ist die Beauftragung der Stufe 2 (Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 und etwaiger Besonderer Leistungen) beabsichtigt. Ein Anspruch auf Beauftragung der zweiten Stufe besteht jedoch nicht. Umfang Sanierung: Folgende Maßnahmen sollen im Rahmen der Sanierung des „Palais Rohan“ unter Einhaltung der denkmalschutzrechtlichen Vorgaben umgesetzt werden: 1) Aufzug für barrierefreien Gebäudezugang: Der Aufzug muss am Westende des Gebäudes errichtet werden; der Aufzugschacht darf das 1. Dachgeschoss nicht überragen; es ist eine Aufzugunterfahrt zu errichten. 2) Abdichtung Haupteingangsbereich: Die Treppe im Bereich des Haupteingangsbereichs muss abgedichtet werden, um die Nutzung der Kellergewölbe durch die eindringende Feuchtigkeit nicht zu beeinträchtigen. 3) Haupteingangstür: Bauphysikalische Ertüchtigung, sofern möglich. 4) Fenster: Austausch unter Einhaltung der Vorgaben der Altstadtsatzung. 5) Bodenbelag Eingangsbereich: Erneuerung der Fliesen. 6) Büroeingangstüren: Erneuerung. 7) Eingangsbereich Doppeltreppenhaus: Entfernung der Holzvertäfelung. 8) Zugang Speicher: Ertüchtigung der Treppe. 9) Dachraum: Ausbau zum Archiv / Lager; bauphysikalische Ertüchtigung; Dämmung.

10) Bodenversprünge: Entfernung; ggfs. darunter liegender denkmalschutzrechtlich relevanter Bodenbelag. 11) Seitenausgang: evtl. seitlicher Ausgang zum Stammgässle vorgesehen; aus linkem Treppenraum des Doppeltreppenhauses durch derzeitigen Toilettenraum. 12) Büroräume: Neueinteilung gemäß vorgegebenem Raumprogramm. Aus denkmalschutzrechtlichen Gründen sind folgende Aspekte zu beachten: 1) Das 2. Dachgeschoss kann nicht zugunsten einer besseren Belichtung mit zusätzlichen Dachgauben ausgestattet werden. 2) Das Doppeltreppenhaus im Inneren des Gebäudes ist zu erhalten. 3) Die bestehende Gebäudestruktur (Raumhöhen, Wände) darf nicht verändert werden, zusätzliche Trennwände oder Durchgänge für die Büroräume sind allerdings möglich. 4) Das Fischgrätenparkett (Eiche) im Bereich der Büroräume ist zu erhalten. 5) Die Holztüren im Sitzungssaal und Treppenraum ins 1. Obergeschoss sind zu erhalten. 6) Erhaltung des Sitzungssaals in seiner jetzigen Form. 7) Die Wände und Wandeinlasse (ehemalige Feuerstellen) der Büroräume im 1. Obergeschoss sind als historischer Bestand anzusehen. Es ist angestrebt das Gebäude im Zuge der Sanierung energetisch zu ertüchtigen (KFW 70 Standard oder vergleichbar).
Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Ortenaukreis (DE134)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 380 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur

Berufsausübung werden folgende Angaben verlangt: - Registereintragung (z.B.

Handelsregister, Partnerschaftsregister) - Mitgliedschaft Berufsständische Organisation (z.B.

Kammerzugehörigkeit) Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik

Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als

amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels

Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und

Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen. Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben / zu begründen. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Eignungsleihe: Im Falle einer Eignungsleihe hat der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft: - Art und Umfang der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen zu benennen, - das jeweils dafür vorgesehene Unternehmen zu benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten), - die Eignung des die Kapazitäten stellenden Unternehmens für den Umfang der Eignungsleihe nachzuweisen, - den Nachweis zu erbringen, dass auf das die Kapazitäten stellendes Unternehmen kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens), - den Nachweis zu erbringen, dass kein Ausschlussgrund gem. Russlandsanktionen vorliegt (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Russlandsanktionen), - für den Fall der Eignungsleihe bei wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit: Haftungserklärung und - weitere, noch zu benennende Eignungsnachweise in Bezug auf das entleihende Unternehmen vorzulegen. Stützt der Bewerber sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Eignungsleihe) haftet der Bewerber gemeinsam mit dem Unternehmen, auf das er sich stützt, für die Auftragsausführung im Umfang der Eignungsleihe, § 47 Abs. 3 VgV. Die Haftungserklärung ist gemeinsam mit dem Angebot vorzulegen. Ein die Eignung vermittelndes Unternehmen kann nur dann für mehrere Bewerber tätig sein, wenn sichergestellt ist, dass durch die Mehrfachbeteiligung des Unternehmens keine Einschränkung des Wettbewerbs erfolgt. Das die Eignung vermittelnde Unternehmen hat dies gegenüber dem Auftraggeber zu versichern. Die Versicherung ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Für den Fall der Wettbewerbsverzerrung werden die beteiligten Bewerber aus dem Verfahren ausgeschlossen. Ein Austausch des Unternehmens, auf das sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung stützt, ist nur aus wichtigem Grund (z.B. Insolvenz des die Eignung vermittelnden Unternehmens) und nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Eignung des ersetzenden Unternehmens ist nachzuweisen. Die Eignung des Bewerbers wird erneut geprüft. Der Bewerber bzw. Bieter hat Unternehmen, auf deren Kapazitäten er sich beruft, innerhalb einer vom Auftraggeber genannten Frist auszutauschen, wenn das Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber bzw. Bieter sich beruft, die Eignungsanforderungen nicht erfüllt.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden die im Folgenden aufgeführten Erklärungen und Unterlagen verlangt. Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerbergemeinschaften haben – soweit nichts anderes bestimmt ist – die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis einer für die Dauer des Vertrages und bis zur vollständigen Erfüllung bestehenden Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme - für Sachschäden und Vermögensschäden i.H.v. mindestens 300.000 EUR - für Personenschäden i.H.v. mindestens 1,5 Mio. EUR durch Vorlage einer Kopie der Versicherungspolice oder Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz gewährt wird. Diese Bestätigung muss vom Versicherungsunternehmen selbst, nicht vom Bewerber, ausgestellt sein. Bei

Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder für die gesamte Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Gesamtnettoumsatz: Eigenerklärung über den Gesamtnettoumsatz aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die Darstellung muss für jedes Jahr erfolgen. Der durchschnittliche Mindestumsatz muss 350.000 EUR netto pro Jahr betragen. Die Mindestanforderung an den Mindestumsatz muss von jedem einzelnen Mitglied einer Bewerbergemeinschaft erfüllt werden. Sofern für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr (2023) noch keine anschließenden Umsatzzahlen vorliegen, können hier auch vorläufige bzw. geschätzte Werte angegeben werden.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden folgende Erklärungen und Unterlagen verlangt. Anzahl der Mitarbeitenden: Eigenerklärung mit Angaben zur aktuellen Mitarbeiterzahl (ohne Praktikanten, Azubi, fachfremde Mitarbeiter) (Jahr 2024). Diese muss mindestens drei betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber gesondert vorzulegen und die Angaben sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeiterzahl eines einzelnen an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Büros, kann unter der geforderten Mindestmitarbeiterzahl liegen. Die Mindestmitarbeiterzahl, die der Bewerbergemeinschaft insgesamt zur Verfügung steht, muss mindestens drei betragen. Die Verfügbarkeit ist zu versichern. Qualifikation der Mitarbeitenden: Eigenerklärung zu Angaben zum verantwortlichen Projektbearbeiter und stellvertretenden verantwortlichen Projektbearbeiter mit den Angaben zur Person, Ausbildungsabschluss, Berufserfahrung als Architekt_in/Ingenieur_in (oder vergleichbar). Für den verantwortlichen Projektbearbeiter und den stellvertretenden verantwortlichen Projektbearbeiter sind Nachweise zur Eintragung in die Architekten-/Ingenieurkammer oder vergleichbare Nachweise zur Berufsqualifikation (z.B. Diplom-Urkunde, Master-Urkunde etc.) vorzulegen. Technische Ausstattung: Eigenerklärung zur Verwendung branchenüblicher Hard- und Software (z.B. CAD- und AVA-Software, dxf, dwg, GAEB etc.).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Verfügbarkeit vor Ort

Beschreibung: Verfügbarkeit vor Ort

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vorstellung und Darstellung des Projektteams

Beschreibung: Vorstellung und Darstellung des Projektteams

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs

Beschreibung: Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Budgetverfolgung und Kosteneinhaltung

Beschreibung: Budgetverfolgung und Kosteneinhaltung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/adc989ad-0f48-4bf0-a466-5edd9885149a

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 07/06/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/adc989ad-0f48-4bf0-a466-5edd9885149a

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/05/2024 12:00:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 232 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation eines Architekten/Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 1 VgV. Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkenntnisrichtlinie 2005/36 /EG) in der Bundesrepublik Deutschland als „Architekt“ oder „Ingenieur“ tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, der verantwortliche Projektbearbeiter und der stellvertretende verantwortliche Projektleiter die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind somit grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 1, 3 VgV. Für Bergewerkschaften gilt dieses entsprechend. Als vorläufiger Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden. Der Auftraggeber b...

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Rüge- und Hinweispflicht: Enthalten die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers oder Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber bzw. Bieter den Auftraggeber unverzüglich im Rahmen der zugelassenen Kommunikationswege darauf hinzuweisen. Bei schuldhafter Unterlassung von Hinweisen oder Rügen können Schadenersatzansprüche des Auftraggebers entstehen.

Vergabenachprüfungsverfahren: Es wird auf § 160 GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer Rüge verwiesen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) 1) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. 2) Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen

Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

KommunalKonzept BW GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Ettenheim

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Ettenheim

Registrierungsnummer: 10727

Postanschrift: Rohanstraße 16

Stadt: Ettenheim

Postleitzahl: 77955

Land, Gliederung (NUTS): Ortenaukreis (DE134)

Land: Deutschland

E-Mail: frank.wangler@kommunalkonzept.de

Telefon: +49 7822432312

Internetadresse: <https://www.ettenheim.de/startseite>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 434092fa-5ed1-42b8-ad90-6f9da0e5bf65

Postanschrift: Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Ortenaukreis (DE134)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: KommunalKonzept BW GmbH

Registrierungsnummer: 3c7fb9d1-bbb3-4e2c-809a-0077a1ddbbae

Postanschrift: Jechtinger Straße 9

Stadt: Freiburg i. Br.

Postleitzahl: 79111

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@kommunalkonzept.de

Telefon: +49 76155738945

Internetadresse: <https://www.kommunalkonzept-gmbh.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: adc989ad-0f48-4bf0-a466-5edd9885149a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/04/2024 10:15:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 216008-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 73/2024

Datum der Veröffentlichung: 12/04/2024